# ArbeitsWelten

Das Magazin der Parteifreien Gewerkschafter_innen

Ausgabe 2 • 2022 | Jg. 69 | www.pfg.at

## Teuerung

Was man dagegen tun muss

**Betriebsratswahlen**
gute Ergebnisse für die PFG
Seite 8

**70 Jahre PFG – 14. Oktober**
außerordentlicher Bundeskongress
Seite 17

# In dieser Ausgabe:

**Editorial** ... 3

**Teuerung**
Die Angst vor der Preisexplosion und was man dagegen tun muss ... 4

**Betriebsratswahlen**
Swarovski (Wattens), TEAMwork, AT&S Fehring und Oesterreichische Nationalbank ... 8

**37. Bundesjugendkongress**
„Deine Zukunft – Unsere Mission“ ... 10

**Sprachhelfer_innen in Salzburg**
Wir fordern den Erhalt der Sprachhelfer_innen und ordentliche Verträge für die Bediensteten ... 12

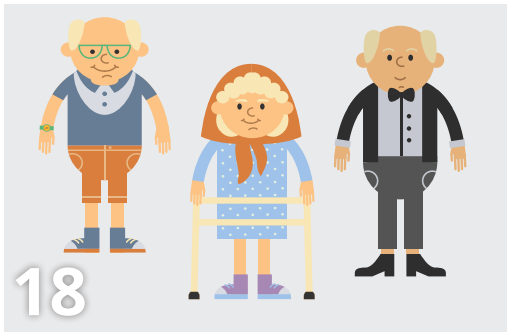
**Karenzzeiten und Pension**
Bis zur Gleichstellung haben wir noch einen langen Weg vor uns ... 14

**Kurzarbeit mit 90% Nettoersatzrate verlängert**
Die wichtigsten Eckpunkte der Kurzarbeitsregelung ... 16

**70 Jahre Parteifreie Gewerkschafter_innen**
Außerordentlicher Bundeskongress – 14. Oktober 2022 ... 17

**4. ÖGB BundespensionistInnenforum** ... 18

Kostenlose Erstberatung ... 20




**PFG** | Parteifreie Gewerkschafter_innen

Ansprechpartner für:

**OBERÖSTERREICH:**
Christian Krassnitzer
0664 615 8892
ckrassnitzer@ms-stahlhandel.at

**SALZBURG:**
Toni Polivka
0664 405 6002
toni.polivka@teamsalve.at

**WIEN, BURGENLAND und NIEDERÖSTERREICH:**
Christian Reiseneder
0664 662 5770
christian.reiseneder@a1.at

**STEIERMARK, KÄRNTEN:**
Georg Auer
0664 833 0890
georg.auer@andritz.com

**TIROL, VORARLBERG:**
Eckhart Fahrner
0664 6256637
Eckhart.Fahrner@swarovski.com

Ausgabe 2/2022 - 69. Jahrgang

**Impressum:**
Medieninhaber, Herausgeber, Verleger:
Parteifreie Gewerkschafter_innen Österreichs
Johann-Böhm-PLatz 1, 1020 Wien
https://www.pfg.at

Redaktion:
Mag. (FH) Alexander Sollak

Herstellungsort: Wien
Layout: beesign.com

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25
www.pfg.at/impressum
ZVR-Nr. 190673077

Namentlich gezeichnete Artikel und Kommentare müssen nicht notwendigerweise mit der Meinung der PFG übereinstimmen.

Bildcredits: S.1, 4, 7: Alex Sollak, S. 8: Swarovski, S. 9: TEAMwork, S. 10, 11: Cardes Production, S. 12, 13: AdobeStock/ vejaa, fizkes, melita S. 14: pexels/rodnae-productions, 16: pexels-pixabay-159306, 17, 18: Shutterstock/KN, S. 20: Adobe Stock/Mongkolchon, Teamanwälte

**Bankverbindung: BAWAG • BIC: BAWAATWW**
**IBAN AT66 1400 0467 1033 0255**

# Teuerung

## Die Angst vor der Armut und was wir dagegen tun können.

***Alexander Sollak***
*Bundesvorsitzender der Parteifreien Gewerkschafter_innen Österreichs*

Die Teuerung hat uns seit Monaten fest im Griff. Die Preise für Wohnen, Essen, Energie und Mobilität steigen massiv an. Viele Menschen befürchten, sich ihr Leben zukünftig nicht mehr leisten zu können und in die Armut abzurutschen. Die Stimmung in unserem Land wird immer schlechter und aufgeheizter. Im Juni wurde daher ein Anti-Teuerungspaket der Bundesregierung im Nationalrat beschlossen. Einzelne Maßnahmen aus dem Paket, wie die Erhöhung der Absetzbeträge, die Abschaffung der kalten Progression oder die Inflationsanpassung von Sozial- und Familienleistungen sind erste richtige Schritte. Das Entlastungspaket der Regierung ist jedoch nicht umfangreich genug und beinhaltet auch einige Einmalzahlungen wie z.B. den Antiteuerungsbonus oder die einmalige Erhöhung des Klimabonus. Das Problem mit Einmalzahlungen ist, dass diese keine nachhaltigen Entlastungen bringen und auch keine Preise senken. Manche Maßnahmen werden darüber hinaus erst im nächsten Jahr und später wirksam. Die Entlastung der Menschen in Österreich muss aber rasch, wirksam und nachhaltig erfolgen. Es bringt mittelfristig auch wenig, nur die Symptome zu mildern, aber nicht die Ursachen der Preissteigerungen zu adressieren und zu bekämpfen.

Die aktuelle Ausgabe der „ArbeitsWelten" beschäftigt sich, wie soll es anders sein, schwerpunktmäßig mit der aktuellen Teuerung. Wir zeigen sinnvolle Maßnahmen auf, wie man den Preiserhöhungen entgegenwirken kann. Es braucht dazu jedenfalls den politischen Gestaltungswillen und eine Umsetzung durch die Bundesregierung. Vorschläge und Forderungen der Gewerkschaften und der Arbeiterkammer gibt es viele. Die Mieterhöhungen für 2022 sollen zurückgenommen und zukünftige, automatische Mieterhöhung müssen gegen hohe Preissteigerungen abgesichert werden. Eine Deckelung von Gas- und Strompreisen ist genauso sinnvoll wie die Senkung der Mineralölsteuer, die Erhöhung des Kilometergelds sowie Umstellung des Pendlerpauschale auf einen Absetzbetrag. Dringend notwendig und längst überfällig ist die Anhebung des Arbeitslosengeldes auf 70%. Mit das Wichtigste ist sicherlich eine entsprechend nachhaltige Erhöhung der Löhne und Gehälter. In dem Zusammenhang steht den Gewerkschaften ein heißer Herbst mit herausfordernden Kollektivvertragsverhandlungen bevor.

Weiters berichten wir in dieser Ausgabe über Betriebsratswahlen in verschiedenen Unternehmen und blicken auf den 37. Bundesjugendkongress des ÖGB zurück. Wir informieren über den PFG Bundeskongress und das ÖGB BundespensionistInnenforum, zwei interessante Veranstaltungen, die im Oktober stattfinden. Ein weiterer interessanter Beitrag aus Salzburg zeigt die Herausforderungen im Zusammenhang mit den Sprachhelfer_innen an den Pflichtschulen auf.

Wir wünschen euch einen schönen, erholsamen Sommer und freuen uns auf ein persönliches Wiedersehen beim PFG Bundeskongress am 14. Oktober.

Liebe Grüße

Alexander Sollak

# Teuerung

## Die Angst vor der Kostenexplosion und was man dagegen tun muss.

**Seit Monaten steigen die Preise. Wohnen, Essen, Energie und Mobilität werden immer teurer. Viele Menschen befürchten, sich ihr Leben trotz Arbeit nicht mehr leisten zu können. Sie wissen nicht, wie sie die immer höheren Rechnungen für Miete, Strom, Benzin oder Lebensmittel zukünftig bezahlen sollen.**

Bereits die Coronakrise hat bei vielen Arbeitnehmer_innen schmerzhafte Einschnitte verursacht. Jetzt kommt auch noch die massive Teuerung dazu. Die aktuellen Preissteigerungen im Zuge der steigenden Inflation treffen viele Menschen in Österreich mit voller Härte. Neun von zehn Personen schränken sich bereits im Alltag ein. Mehr als 60 Prozent der Österreicher_innen machen sich Sorgen um ihre finanzielle Zukunft. Jeder achte Haushalt kann die Fixkosten nicht mehr decken. Für viele Menschen in unserem Land wird die Teuerung zum existentiellen Problem. Angst vor Armut ist allgegenwärtig und real. Die Teuerung trifft einkommensschwache Haushalte am empfindlichsten. Die Preissteigerungen belasten jedoch auch mittlere Einkommen und somit die breite Mittelschicht in Österreich massiv.

Die Teuerung ist jedoch kein Naturgesetz. Es gibt Mittel und Wege, um die Kostenexplosion einzudämmen. Die Regierung ist aufgefordert, wirksame Maßnahmen umzusetzen, um die Menschen in Österreich zu entlasten. Seit Monaten warnen ÖGB und Arbeiterkammer vor der Teuerung und haben konkrete Pläne ausgearbeitet und

vorgelegt. Die Preise müssen wieder runter! Die vorgeschlagenen Maßnahmen gehen von Preisdeckel für Energie und Streichung der Mehrwertsteuer für Grundnahrungsmittel über die Rücknahme der Mieterhöhungen bis zu höheren Sozialleistungen. Am 9. Juni haben sich mehr als 3.200 Gewerkschafter_innen aus ganz Österreich bei der „Preise runter!"-Konferenz des ÖGB in der Marx-Halle in Wien versammelt, um auf die Untätigkeit der Regierung hinzuweisen und den Forderungen von ÖGB und AK Nachdruck zu verleihen.

**Wohnen wird zum Luxus**

Bereits seit Jahren steigen die allgemeinen Wohnkosten stark an. Die Mieten am „Privaten Wohnungsmarkt" sind viel zu hoch. Zuletzt wurden etwa zum 1. April die Mieten im privaten Altbau, die sogenannten Richtwert- und Kategoriemieten, kräftig erhöht. Die Mieteinnahmen von privaten Vermietern und Immobilienfirmen sind zwischen 2008 und 2020 dreimal stärker als die Wirtschaft gewachsen. Mieten werden regelmäßig an die allgemeine Preisentwicklung angepasst. Wenn die Preise steigen, steigen also auch die Mieten. Bei der aktuellen Teuerung wird Wohnen somit für viele Menschen zum Luxus und ist kaum noch leistbar. **Als wichtige Maßnahme müssen Mieterhöhungen für 2022 zurückgenommen werden, um die „Miet-Preis-Spirale" zu bremsen. Darüber hinaus müssen zukünftig automatische Mieterhöhungen gegen hohe Preissteigerungen abgesichert werden.**

***Die Mieten am „Privaten Wohnungsmarkt" sind viel zu hoch.***

**Energie und Mobilität**

Der Krieg in der Ukraine hat massive Auswirkungen auf die Energiepreise in Europa. Der rapide Anstieg der Energiekosten ist ein wesentlicher Preistreiber. Die Kosten für Strom und Gas werden immer höher und steigen teilweise um 100 Prozent und mehr. Viele Menschen fürchten sich schon vor den Jahresabrechnungen und schmerzhaften Nachzahlungen. Viele Arbeitnehmer_innen, vor allem die Pendler_innen, sind auf das Auto angewiesen. Sie können sich jedoch die Benzinkosten von mehr als zwei Euro pro Liter für den Weg zur Arbeit und retour kaum noch leisten. Ein Umstieg auf Öffentliche Verkehrsmittel ist in vielen Fällen jedoch nicht oder nicht sinnvoll möglich.

Mittelfristig ist leider nicht mit einer Entspannung auf den Energiemärkten zu rechnen. **Punktuelle, temporäre und zielgerichtete Markteingriffe sind daher notwendig und sinnvoll, um die Energiepreise wieder nach unten zu bringen und die Inflation nachhaltig einzudämmen.** Die EU-Kommission hat beispielsweise vorgeschlagen, einen Deckel für Strom-, Gas- und Fernwärmepreise einzuführen. Spekulationen auf den Energiebörsen können durch die Einführung einer Finanztransaktionsteuer reduziert werden. Eine weitere zentrale Maßnahme wäre die Entkoppelung der Strom- und Gaspreise. Der Strommarkt funktioniert nach dem „Merit-Order-Prinzip", das bedeutet, dass das teuerste Kraftwerk, das gerade noch gebraucht wird, um die Stromnachfrage zu decken, den allgemeinen Strompreis bestimmt. Sehr häufig ist das ein Gaskraftwerk. Im heurigen Jahr mussten in Österreich überdurchschnittlich oft Gaskraftwerke in das Stromnetz eingespeist werden, um den Verbrauch abzudecken. Problematisch in dem Zusammenhang ist der massive Anstieg des Gaspreises. Der Gas-Großhandelspreis lag im Mai 2022 um 474 Prozent über dem Vorjahreswert. Für die Verbraucher_innen wird der Strompreis somit jedes Mal extrem teuer, wenn Gas benötigt wird, um die Nachfrage zu bedienen. **Mit der Einführung eines Gaspreisdeckels für Gaskraftwerke, die Strom erzeugen, würde der Strompreis deutlich niedriger sein.** Spanien und Portugal haben solch eine Entkoppelung bereits umgesetzt und legen staatlich verordnet die Obergrenze für den Gaspreis fest, der für die Stromerzeugung verwendet wird.

Viele Energieunternehmen mit einem hohen Anteil an erneuerbarer Energieerzeugung profitieren von dem aktuellen „Merit-Order-Prinzip". Sie geben die stark steigenden allgemeinen Strompreise an ihre Kund_innen weiter, ohne dass ihre eigenen Produktionskosten gestiegen sind. Unternehmen wie bei-

spielsweise die TIWAG, Kelag, Verbund, Illwerke VWK oder Energie Burgenland haben traditionell einen hohen Anteil an Wasserkraft bzw. bei Energie Burgenland ein hoher Anteil an Windkraft. Jene Unternehmen erzielen ohne ihr Zutun krisenbedingte Überschussgewinne, sogenannte „Windfall Profits". Die Internationale Energieagentur (IEA) schätzt die „Windfall Profits" EU-weit auf über 200 Milliarden Euro jährlich. Die EU-Kommission hat vorgeschlagen, diese Überschussgewinne zu besteuern und abzuschöpfen und die Einnahmen zur Entlastung der Haushalte zu verwenden. Bulgarien, Italien, Rumänien und Spanien haben bereits Regelungen betreffend Besteuerung von „Windfall Profits" eingeführt. **Auch Österreich sollte diesen Beispielen folgen und die Überschussgewinne der Energieunternehmen und Mineralölunternehmen besteuern.**

Viele Menschen in Österreich haben keine öffentliche Anbindung und sind daher auf das Auto angewiesen. Die Benzinpreiserhöhung stellt für sie eine massive Belastung dar. **Die Senkung der Mineralölsteuer auf Zeit und die Erhöhung des Kilometergelds wäre dringend notwendige Entlastungsmaßnahmen.** Mittelfristig muss der Ausstieg aus Öl und Gas jedoch unser gemeinsames Ziel sein. Das ist nicht nur notwendig, um die Abhängigkeiten von fossilen Energieträgern zu reduzieren, sondern mit Blick auf den Klima-

***Viele Menschen in Österreich haben keine öffentliche Anbindung und sind daher auf das Auto angewiesen.***

wandel ist es für die Zukunft unserer Erde sowieso alternativlos. Investitionen in erneuerbare Energien wie Wind- oder Wasserkraft sowie Solarenergie sind langfristig sinnvoll und auch günstiger. Eine Investitionsoffensive und ein massiver Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel sind ebenfalls längst überfällig und notwendig.

**Lebensmittel**

Neben Wohnen, Energie und Mobilität spüren die Menschen die Preissteigerungen bei Lebensmitteln unmittelbar und direkt. Essen müssen wir alle. Nahezu alle Produkte sind empfindlich teurer geworden. Einzelne Lebensmittel, wie Mehl, kosten im Vergleich zum Vorjahr sogar um fast 100 Prozent mehr, zeigt ein Preisvergleich der Arbeiterkammer. In Österreich, einem der reichsten Länder der Welt, ist für viele Familien der tägliche bzw. wöchentliche Lebensmitteleinkauf mittlerweile immer schwerer zu bewerkstelligen. Deutlich mehr Menschen als in der Vergangenheit müssen bei Sozialmärkten einkaufen gehen. **Eine temporäre Streichung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel – mit Verpflichtung des Lebensmitteleinzelhandels dies auch an die Konsumenten weiterzugeben – ist eine unkomplizierte Hilfsmaßnahme, die sofort bei allen Menschen ankommt.** Der tägliche Lebensmitteleinkauf darf nicht zur Armutsfalle werden.

***Neben ordentlichen Lohn- und Gehaltserhöhungen müssen noch weitere Maßnahmen gesetzt werden.***

**Heiße Herbstlohnrunde**

Im Herbst starten die für alle Branchen richtungsweisenden Metaller-Lohnrunden. Vor dem Hintergrund der sehr hohen Inflation sind kräftige Lohnerhöhungen absolut notwendig, um die Belastungen durch die Teuerung auszugleichen. Der Herbst wird somit zum Kraftakt für die Gewerkschaften. **Die Arbeitnehmer_innen brauchen nachhaltige Lohn- und Gehaltserhöhungen, um auch zukünftig die Kosten für Wohnen, Essen, Energie und Mobilität bedienen zu können.** Lohnsteigerungen mit Abgeltung der vollen Inflation garantieren ein Gleichbleiben der Kaufkraft und sichern den Wohlstand in unserem Land.

Neben ordentlichen Lohn- und Gehaltserhöhungen müssen aber noch weitere Maßnahmen gesetzt werden. Zukünftig wird es zwar eine Inflationsanpassung bei verschiedenen

Sozialleistungen geben, dies ist jedoch bei weitem nicht genug. Es braucht grundsätzlich Erhöhungen der Leistungen, um die Menschen ausreichend zu unterstützen. Arbeitslose und Mindestsicherungsbezieher_innen sind mit am stärksten von der Teuerung betroffen. Eine langjährige Gewerkschaftsforderung, nämlich die Anhebung des Arbeitslosengeldes von derzeit 55 Prozent auf 70 Prozent, muss endlich umgesetzt werden, damit jene Menschen, die ihren Job verlieren, nicht in die Armut abrutschen.

Das notwendige Geld, um wirksame Entlastungspakete zu schnüren, ist jedenfalls vorhanden. Bei der Bankenrettung in der Finanzkrise oder den Unternehmenshilfen während der Coronapandemie hat man das auch deutlich gesehen. Es liegt eigentlich nur am politischen Willen. **Bei der Frage nach der Finanzierung gibt es eine einfache Antwort: Die Vermögensverteilung muss zukünftig fair gestaltet werden.** Ein Blick auf das Gesamtsteueraufkommen in Österreich zeigt, dass ein Großteil der Einnahmen aus Sozialbeiträgen, Verbrauchssteuern und Steuern auf Arbeit stammt. Gewinn- und vermögensbezogene Steuern machen nicht einmal ein Zehntel der Steuereinnahmen in unserem Land aus. Diese Schieflage gehört endlich begradigt.

*„Preise runter!"-Konferenz des ÖGB in der Marx-Halle in Wien am 9. Juni.*

**AK-DIVIDENDENREPORT**

**Unternehmensgewinne auf Rekordniveau – ATX-Unternehmen schütten mehr als 3,5 Mrd. Euro an Dividenden aus.**

Das Geschäftsjahr 2021 war trotz Coronapandemie ein äußerst erfolgreiches Jahr für die größten Österreichischen Konzerne. Die im Leitindex ATX der Wiener Börse gelisteten Unternehmen haben erstmals in der Geschichte des Index die Gewinnschwelle von zehn Milliarden Euro überschritten. Die meisten der 20 ATX-Unternehmen haben daher auch die Ausschüttungen an ihre Aktionäre erhöht. In Summe werden sie heuer, laut Analyse der Arbeiterkamer, mehr als 3,5 Milliarden Euro an Dividenden ausschütten.

Als Parteifreie Gewerkschafter_innen fordern wir Zurückhaltung bei den Dividendenausschüttungen. Angesichts der unsicheren Zukunft, hoher Inflation und des immer wieder zitierten Fachkräftemangels, ist es sinnvoller, die Gewinne in den Unternehmen zu belassen und beispielsweise in die Aus- und Weiterbildung der Beschäftigten und Lehrlinge zu investieren. Vor dem Hintergrund der hohen Teuerung müssen auch die Löhne und Gehälter entsprechend angepasst werden. Ohne die Mitarbeiter_innen und deren Leistungen gibt es bekanntlich auch keine Unternehmensgewinne.

# Betriebsratswahlen

## » Betriebsratswahl der Angestellten bei Swarovski (Wattens)

**Im März 2022 fanden bei der Firma Swarovski in Wattens (Tirol) die Betriebsratswahlen der Angestellten statt.**

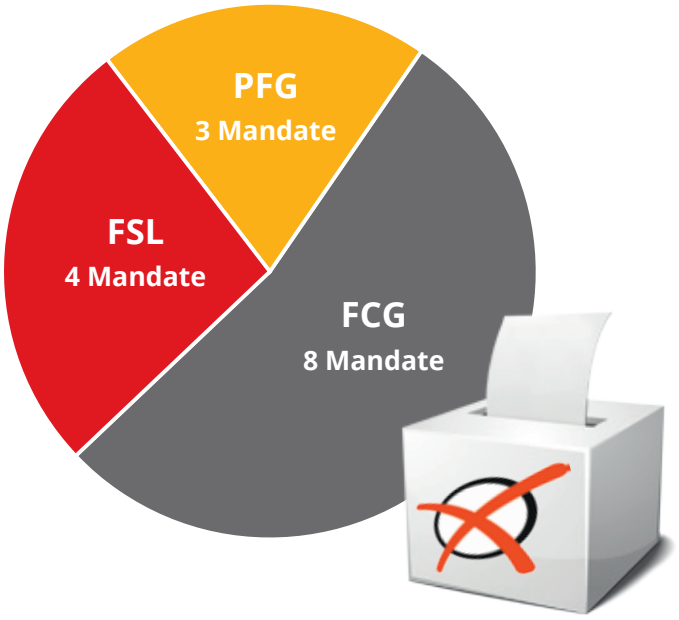
Eckhart Fahrner ist für die Parteifreien Gewerkschafter_innen mit einem 15-köpfigen Team angetreten. In Summe wurden 15 Betriebsratsmandate vergeben. In der vorangegangenen Funktionsperiode waren es noch 16 Mandate mit folgender Verteilung: FCG (Fraktion Christlicher GewerkschafterInnen): 7 Mandate / FSL (Freie Swarovski Liste): 6 Mandate / PFG: 3 Mandate.

Die FCG konnte bei der Wahl 2022 die absolute Mehrheit und 8 Mandate erreichen. Die FSL verlor stark und kam auf 4 Mandate. Als PFG konnten wir wieder 3 Mandate erzielen, dabei jedoch unseren Stimmenanteil von 2017 von 16,9 Prozent auf 18,5 Prozent erhöhen. Die Wahlbeteiligung war bedingt durch die Pandemie, Homeoffice und der hohen Infektionszahlen wie zu erwarten geringer als 2017. Mit mehr als 46 Prozent war sie jedoch durchaus zufriedenstellend.

Als PFG bilden wir seit mehreren Funktionsperioden mit der FCG eine Koalition bei Swarovski in Wattens. Diese wurde auch nach der heurigen Betriebsratswahl fortgesetzt. Der Parteifreie Gewerkschafter Eckhart Fahrner wurde erneut zum zweiten Stellvertreter des Vorsitzenden des Angestelltenbetriebsrats gewählt.

Seitens der Parteifreien Gewerkschafter_innen wünschen wir Eckhart Fahrner und dem gesamten PFG-Team bei Swarovski viel Erfolg bei der Betriebsratsarbeit in den kommenden Jahren.

*PFG-Team bei Swarovski in Wattens/Tirol*



*Mathias Friedl, Betriebsratsvorsitzender*

## » Betriebsratswahlen TEAMwork

Vom 13. bis 14. April fanden die Betriebsratswahlen bei der Firma „TEAMwork Holz- und Kunststoffverarbeitung GmbH“ in Linz statt. Mehr als 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren aufgerufen, ihre Belegschaftsvertretung zu wählen. Die parteifreie Liste „PFG-Friedl“, angeführt von Mathias Friedl, hat die Kolleginnen und Kollegen davon überzeugt, wie wichtig es ist, gemeinsam für die Interessen aller Beschäftigten zu kämpfen und ein Zeichen zu setzen. Mit einer Wahlbeteiligung von knapp 70 % und einer erfolgreich durchgeführten Betriebsratswahl ist dies durchaus gelungen.

*„Mit einer Wahlbeteiligung von 70 % hätte ich nicht gerechnet. Das zeigt mir, dass das Interesse an einer starken Belegschaftsvertretung aktueller denn je ist. Wir freuen uns auf die Aufgaben und Herausforderungen, die in diesen turbulenten Zeiten vor uns liegen. Uns ist es wichtig, ehrliche Betriebsratsarbeit zu leisten, unabhängig jeglicher Parteifarben. Wir werden versuchen, das Beste für unsere Kolleginnen und Kollegen durchzusetzen.“*
*Mathias Friedl*

*PFG TEAMwork*

## » Betriebsratswahlen Oesterreichische Nationalbank

Unter dem Motto „We are the difference“ hat die parteifreie Liste „Neuer Wind“ am 18. Mai erstmals bei der Betriebsratswahl in der Oesterreichischen Nationalbank kandidiert. Das Team, angeführt von der parteifreien Gewerkschafterin Elisabeth Mathes, konnte gleich beim ersten Antreten 7 % der Stimmen und ein Mandat erreichen. Insgesamt haben vier verschiedene Listen um die Stimme der OeNB Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geworben. Die Nationalbank ist traditionell ein stark „politisch beeinflusstes“ Unternehmen. Daher ist es umso bemerkenswerter und beeindruckend, gleich beim ersten Versuch als parteifreie Liste in den Betriebsrat einzuziehen. Zukünftig haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Oesterreichischen Nationalbank somit auch parteifreie Ansprechpartner_innen im Betriebsrat. Ein erster wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Wir wünschen Elisabeth und dem gesamten Team der Liste „Neuer Wind“ alles Gute und viel Erfolg für die kommenden Jahre.

## » Betriebsratswahlen AT&S Fehring

Ende Mai konnten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Firma AT&S in Fehring ihren Angestellten-Betriebsrat für die nächsten fünf Jahre wählen. Das „Team Trauch“ mit dem langjährigen Betriebsratsvorsitzenden und parteifreien Gewerkschafter Siegfried Trauch wurde wiedergewählt. Siegfried wurde im Zuge der konstituierenden Sitzung erneut zum BR-Vorsitzenden gewählt. Wir wünschen ihm und seinem parteifreien Betriebsratsteam alles Gute und viel Erfolg für die Betriebsrats- und Gewerkschaftsarbeit in den nächsten fünf Jahren.

# 37. Bundesjugendkongress

## „Deine Zukunft – Unsere Mission“

Am Samstag, dem 21. Mai 2022 fand in der „Ankerbrotfabrik“ in Wien der 37. Bundesjugendkongress des ÖGB statt. Der Jugendkongress ist die größte und wichtigste Veranstaltung der Österreichischen Gewerkschaftsjugend und findet alle zweieinhalb Jahre statt. „Deine Zukunft – Unsere Mission“ war das Motto der diesjährigen Veranstaltung. Rund 200 Delegierte haben beim Bundeskongress die politischen Positionen der Gewerkschaftsjugend für die kommenden Jahre beschlossen und den Vorsitz sowie das Präsidium der Österreichischen Gewerkschaftsjugend gewählt. Auch wir von der Parteifreien Gewerkschaftsjugend haben als Gastdelegierte an der Veranstaltung teilgenommen. Die inhaltlichen Schwerpunkte des Kongresses umfassten die Aufwertung der Lehre, Klimaschutz und Nachhaltigkeit sowie die psychische Gesundheit der Jugend. Darüber hinaus wurden gesellschaftspolitisch wichtige Themen, wie der Kampf gegen Rassismus, Faschismus und Sexismus oder die Einführung von politischer Bildung als Pflichtfach, angesprochen. Themen, die wir als Parteifreie Gewerkschaftsjugend absolut unterstützen.

> ***„Nur wer eine Perspektive hat, hat auch den Mut, optimistisch in die Zukunft zu gehen!“,***
>
> *Richard Tiefenbacher, Vorsitzender der ÖGJ*

Die Jugend ist unsere Zukunft und die Lehrlinge sind unsere Fachkräfte von morgen. Daher braucht es auch mehr Investitionen in eine qualitative Lehrausbildung. Wir brauchen mehr Unterneh-

*vlnr: Alexander Sollak (PFG Bundesvorsitzender), Michelle Müller (PFG Jugend), Niklas Opitz (PFG Jugend)*

men, die junge Menschen ausbilden und klimafreundliche, attraktive Lehrstellen anbieten. Das Lehrlingseinkommen muss erhöht werden und für die Vorbereitung der Lehrabschlussprüfung muss es genügend bezahlte Vorbereitungszeit geben. Genauso braucht es einen Rechtsanspruch auf Lehre mit Matura in der Arbeitszeit.

Um all diese Dinge umzusetzen, bedarf es auch einer starken Mitbestimmung von Lehrlingen und jungen Arbeitnehmer_innen im Betrieb. Die Jugendvertrauensräte müssen stärker im Betrieb und in die Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Die Jugend verdient Respekt und Wertschätzung. Die Stimme der jungen Generation muss gehört werden – im Betrieb aber auch außerhalb. Als Parteifreie Gewerkschaftsjugend unterstützen wir, ganz nach dem Motto: „Deine Zukunft – Unsere Mission“, Lehrlinge, die einen Jugendvertrauensrat in ihrem Betrieb gründen wollen. Wir unterstützen aber auch junge Arbeitnehmer_innen, die sich im Sinne der Mitbestimmung engagieren und für Verbesserung des Arbeitsumfelds einsetzen. Am besten geht das Ganze gemeinsam und solidarisch. Wir empfehlen daher jedem Lehrling und allen jungen Arbeitnehmer_innen, bereits beim Berufseintritt der Gewerkschaft beizutreten, um die Arbeitswelt auch zukünftig fair (mit)gestalten zu können.

**PFG** | Parteifreie Gewerkschaftsjugend

**JUGENDVERTRAUENSRAT**

### Jugendvertrauensrat wird 50

Im Jahr 1972 hat die Gewerkschaftsjugend nach vielen Jahren unermüdlichen Einsatzes einen historischen Meilenstein für die Mitbestimmung von Lehrlingen im Betrieb erkämpft. Am 9. Juli 1972 wurde das Jugendvertrauensrätegesetz im Parlament beschlossen und mit Wirkung 1. Jänner 1973 als Teil des Arbeitsverfassungsgesetzes in Kraft gesetzt. Seit diesem Zeitpunkt können Lehrlinge und jugendliche Arbeitnehmer_innen einen Jugenvertrauensrat gründen und wählen.

Mittlerweile gibt es österreichweit mehr als 2.500 Jugendvertrauensrät_innen, welche tagtäglich die Lehrlinge und jungen Arbeitnehmer_innen im Betrieb vertreten und ihnen bei privaten und beruflichen Problemen zur Seite stehen.

Im Jahr 2017 wollte die türkisblaue Bundesregierung den Jugendvertrauensrat abschaffen und damit gezielten Demokratieabbau betreiben. Durch den Kampf der Gewerkschaftsjugend und tausender JVRs konnte dies jedoch verhindert werden. Eine Abschaffung der JVRs hätte bedeutet, dass Lehrlinge und junge Arbeitnehmer_innen ihr Mitspracherecht im Betrieb verloren hätten.

***Michelle Müller***
*PFG Jugendvorsitzende*

# Sprachhelfer_innen in Salzburg

Wir fordern den Erhalt der Sprachhelfer_innen und ordentliche Verträge für die Bediensteten.

Sprachhelfer_innen kommen aus denselben Herkunftsländern wie zugewanderte Schüler_innen und sprechen neben Deutsch auch deren Erstsprache. Sie helfen den Kindern beim Lernen, bei der Organisation des Schulalltages, helfen bei Elterngesprächen, beim Ankommen im neuen Land und nicht zuletzt stellen sie eine unschätzbare Hilfe für uns Lehrerinnen und Lehrer dar.

In den Deutschförderklassen an Pflichtschulen sitzen bis zu 20 Schüler_innen aus den unterschiedlichsten Ländern. Eine einzige Lehrperson ist für die Beschulung dieser Schüler_innen zuständig. Manche Schüler_innen kommen aus Ländern mit funktionierenden Strukturen und Schulen. Diese Kinder bringen Lernerfahrung mit und sind motiviert, Deutsch zu lernen.
Gleichzeitig sitzen in derselben Deutschförderklasse Schüler_innen, die noch nie in einer Schule waren. Sie müssen nicht nur Deutsch lernen, sondern auch Lesen und Schreiben. Andere Schüler_innen wiederum sind in einem anderen Schriftsystem alphabetisiert, sie können zum Beispiel Arabisch schreiben und lesen, müssen aber die lateinische Schrift erlernen. Viele Kinder wirken am Beginn ihrer Schullaufbahn in Österreich traurig, ängstlich, depressiv, verschüchtert, verschlossen oder entwurzelt. Manche Kinder sind traumatisiert. Manche werden von massiven Ängsten geplagt. Oftmals sind die Kinder ohne ihre Fami-

lie, ganz allein, nach Österreich gekommen. Diese unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge sorgen sich häufig um ihre Familien in ihrer Heimat.
Bis jetzt konnten Schulen in Salzburg die Sprachhelfer_innen relativ unkompliziert und unbürokratisch anfordern. Sie waren bei einem Verein als Träger vertraglich beschäftigt und viele Salzburger Pflichtschulen nutzten dieses hervorragende Angebot. Das soll sich, wenn es nach der ressortzuständigen Salzburger Landesrätin Daniela Gutschi (ÖVP) geht, ändern. Sie ortet nach einer sogenannten Evaluierung (Übrigens: Keiner der Schulen, die Sprachhelfer nutzten, war diese Evaluierung bekannt) einen anderen Bedarf und möchte das Budget stattdessen in die Förderung von ukrainischen Flüchtlingen investieren. Dabei übersieht sie, dass wir noch immer viele Schüler_innen aus Syrien, Afghanistan, Rumänien und vielen anderen Länder zu unterrichten und betreuen haben.

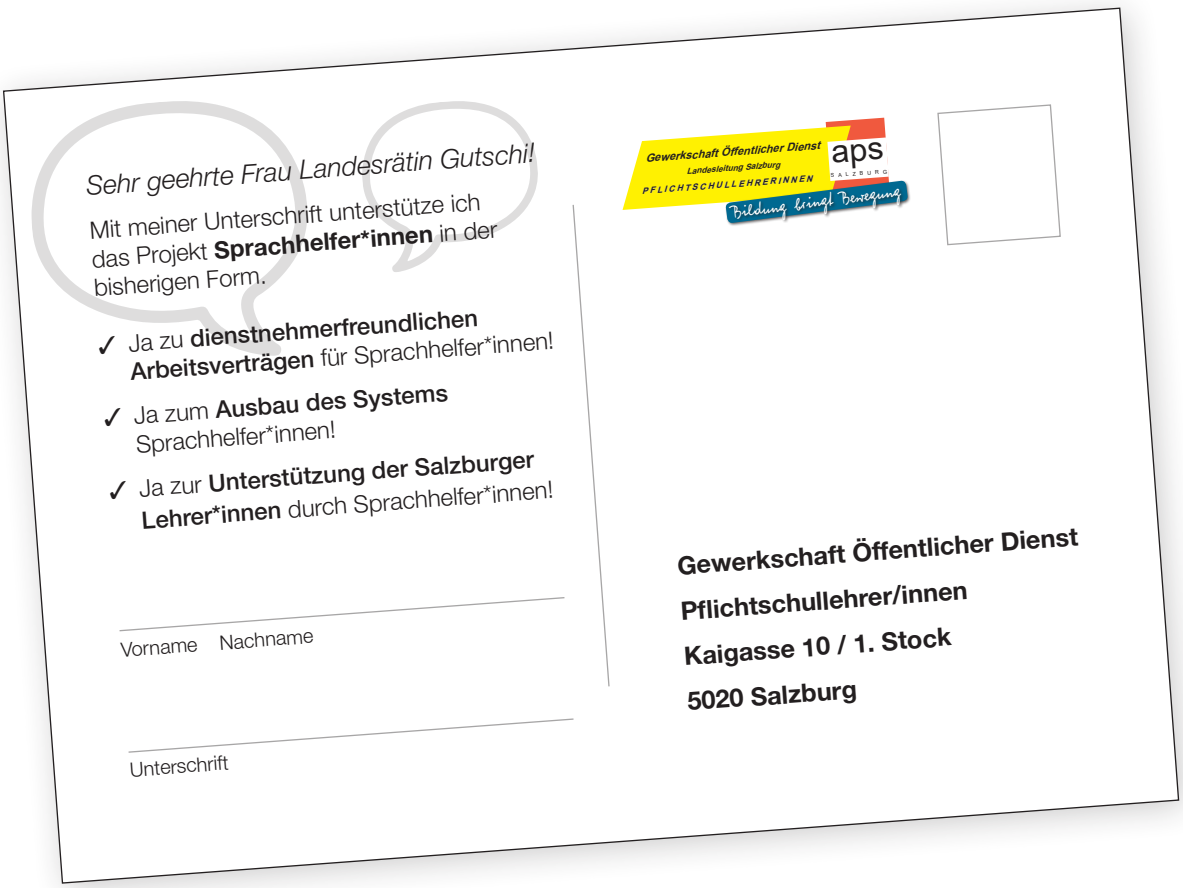
Frei nach dem Motto „speed kills" wurden die Sprachhelfer_innen in Salzburg bereits mit 31. Juli gekündigt und sollen zukünftig, wenn überhaupt, nur mehr mit einem Werkvertrag oder auf Honorarbasis arbeiten. Derartig prekäre Dienstverhältnisse lehnen wir strikt ab, da wir unter diesen Arbeitsbedingungen kaum noch geeignete Helfer_innen finden werden. Mit einer Unterschriftenaktion der besonderen Art der Salzburger Lehrer_innengewerkschaft, möchten wir auf diese Fehlentwicklung bei den Sprachhelfern_innen an Salzburgs Schulen hinweisen. Mit der Postkartenaktion sollen die drei zentralen Forderungen in der Lehrerschaft und bei Eltern sowie interessierten Bürgerinnen und Bürgern bekannt gemacht werden.

Wir hoffen dadurch auch auf ein Umdenken der Politik. Die drei zentralen Forderungen sind:

- Ja zu dienstnehmerfreundlichen Arbeitsverträgen für Sprachhelfer_innen!
- Ja zum Ausbau des Systems Sprachhelfer_innen!
- Ja zur Unterstützung der Salzburger Lehrer_innen durch Sprachhelfer_innen!

Die Sprachhelfer_innen leisten einen wesentlichen Beitrag, damit Kinder aus anderen Ländern in Salzburg emotional ankommen können. Dadurch wird auch die Basis für eine erfolgreiche Integration geschaffen. Die Politik agiert sehr kurzsichtig, wenn sie derartige Erfolgsprojekte dem Sparstift unterordnet. Den Preis für die ungelösten Probleme zahlt langfristig unsere Gesellschaft. Daher sollten wir solche Projekte nicht zerstören, sondern weiter fördern und ausbauen.

*Toni Polivka*
*PFG Salzburg*



*Schritt für Schritt, aber leider immer noch zu langsam, nähern wir uns gesellschaftlich dem Thema „Väterkarenz“.*

# Karenzzeiten und Pension

## Bis zur Gleichstellung haben wir noch einen langen Weg vor uns.

Wir schreiben das Jahr 2022 und wenn wir die Gegenwart mit der Vergangenheit vergleichen, so gibt es mittlerweile in den eigenen vier Wänden bereits ein gewisses Ausmaß an Gleichberechtigung punkto Kinderbetreuung und Kindererziehung. Schritt für Schritt, aber leider immer noch zu langsam, nähern wir uns gesellschaftlich dem Thema „Väterkarenz". Immer mehr Männer gehen in Karenz und übernehmen Aufgaben der Kindererziehung und der Haushaltsführung. In den eigenen vier Wänden verändert sich die Situation zum Besseren. In der Arbeitswelt ist diese positive Entwicklung jedoch noch nicht überall zu sehen. In vielen Branchen und Berufszweigen können Männer immer noch nicht in Karenz gehen ohne Nachteile zu erfahren – obwohl immer mehr Väter dies gerne tun würden.

Studien zeigen, auch wenn Frauen eine Karriere anstreben, sind sie jedoch gerne Mütter und genießen die Karenzzeit mit den Kindern, bzw. wollen sie Kindererziehung und Kinderbetreuung nicht einer Nanny oder Fremden überlassen. Jedes Paar mit Kind(ern) hat die Möglichkeit, zu entscheiden, wer (Frau oder Mann), wie lange in Karenz gehen möchte – das ist auch gut so.

Diese persönliche Entscheidung sollte jedoch absolut freiwillig getroffen werden können, daher müssen auch die passenden Rahmenbedingungen durch die Arbeitgeber_innen geschaffen werden.

Ein anderes Gleichbehandlungsthema, welches sehr wichtig ist, ist die Anrechnung der Karenzzeit für die zukünftigen Pensionszahlungen. Es ist notwendig, auch an die finanzielle Zukunft zu denken. Wie sieht es z.B. mit den Pensionseinzahlungen aus, wenn die Frau oder der Mann in Karenz geht? Aktuell ist es so, dass Arbeitnehmer_innen in Karenz zwar Kinderbetreuungsgeld erhalten, es erfolgt jedoch keine Einzahlung auf das Pensionskonto.

In der Vergangenheit wurde immer argumentiert, dass im Falle des Ablebens des Ehemannes, die Frau mit der Witwenpension abgesichert sei und sich um das Finanzielle in der Pension keine Sorgen zu machen brauche. Doch die Zeit ist nicht stehen geblieben – und auch das klassische Bild der Familie hat sich verändert. An Stelle von Ehepaaren mit Kind(ern) findet man heute immer öfter Lebensgemeinschaften, Patchworkfamilien oder Alleinerzieher_innen. Viele Menschen verzichten auf den Trauschein – und nehmen das Risiko auf sich, dass sie im Fall der Fälle auf eine Witwenpension verzichten und somit mit ihrer eigenen (geringen) Pension auskommen müssen.

Die Person, welche Karenz in Anspruch nimmt (bisher meistens die Frau) und sich hauptsächlich um die Kindererziehung kümmert, kann somit auch weniger für ihre Pension einzahlen. Deshalb ist es sehr sinnvoll und notwendig, dass die Pensionseinzahlung vom Alleinverdiener oder von der Alleinverdienerin zur Hälfte an die Person übergeht, welche sich in Karenz befindet, um zukünftig eine faire monatliche Pensionszahlung zu erhalten und somit auch Altersarmut verhindern zu können.

***Elisabeth Mathes***
*PFG Diversität, Frauen, Gleichbehandlung*

# Kurzarbeit

## 90 Prozent Nettoersatzrate verlängert

Die Kurzarbeit hat zum Höhepunkt der Coronapandemie mehr als 1,3 Millionen Arbeitsplätze in Österreich gesichert und wurde bereits mehrmals verlängert. Grundsätzlich war vereinbart, die Kurzarbeitsregelung bis Jahresende fortzuführen. Die dafür notwendige Sozialpartnereinigung war jedoch vorerst an der Höhe der Nettoersatzrate gescheitert. Die Arbeiterkammer und der Österreichische Gewerkschaftsbund haben ihre Zustimmung zur Weiterführung der Kurzarbeit daran geknüpft, dass betroffene Arbeitnehmer_innen 90 Prozent des letzten Lohns oder Gehalts bekommen. Am 8. Juni konnte schlussendlich, nach zähen Verhandlungen mit der Arbeitgeberseite, die Kurzarbeit mit einer Nettoersatzrate von 90 Prozent verlängert werden.

Gerade vor dem Hintergrund der steigenden Teuerung und Rekordinflation war es notwendig eine hohe Nettoersatzrate zu vereinbaren, um die Lohn- und Gehaltseinbußen bei Kurzarbeit so gering wie möglich zu halten. Die immer noch anhaltende Coronapandemie, aber vor allem die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine, werden in den nächsten Monaten zu großen Herausforderungen für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt führen. Kurzarbeit kann sicherlich dabei helfen, Krisen zu meistern und negative Auswirkungen abzufedern. Als Parteifreie Gewerkschafter_innen hoffen wir jedoch, dass die Anzahl von Beschäftigten in Kurzarbeit so niedrig wie möglich bleiben wird.

**Die wichtigsten Eckpunkte der Kurzarbeitsregelung**

- Dauer: Die neue Kurzarbeitsregelung gilt von 1. Juli 2022 bis 31. Dezember 2022
- Nettoersatzrate: Diese beträgt – wie vom ÖGB gefordert – 90 Prozent
- Beratungsverfahren: Dieses ist für alle Betriebe vor Inanspruchnahme verpflichtend
- Vorlaufzeit: Diese beträgt in der neuen Regelung drei Wochen
- Kontrolle: Der Zugang zur Kurzarbeit wird im Genehmigungsprozess stärker kontrolliert, um Missbrauch auf Kosten der Allgemeinheit und der Arbeitnehmer_innen vorzubeugen

# Außerordentlicher Bundeskongress

14. Oktober 2022

Am Freitag, dem 14. Oktober feiern wir 70 Jahre Parteifreie Gewerkschafter_innen in Österreich. Im Zuge eines außerordentlichen Bundeskongresses werden wir uns gemeinsam zum erfreulichen Jubiläum in der ÖGB-Zentrale in Wien treffen.

*Parteilose Gewerkschafter_innen aus ganz Österreich haben sich in den Nachkriegsjahren mehr und mehr koordiniert und organisiert, um ihre Ideen und Vorstellungen gemeinsam umzusetzen. Am 7. Oktober 1952 trafen sich in Gmunden (Oberösterreich) mehr als 200 Betriebsrät_innen aus allen Bundesländern Österreichs mit dem Ziel, eine unabhängige und parteifreie Interessensgemeinschaft zu etablieren. Bei dem Treffen in Gmunden haben Gewerkschafter_innen und Betriebsrät_innen aus der Privatwirtschaft und der verstaatlichten Industrie, die keiner Parteifraktion angehörten, die „Arbeitsgemeinschaft für parteilose Betriebsräte und Arbeitnehmer" gegründet. Dieses Zusammentreffen war die Geburtsstunde der „Parteifreien Gewerkschafter_innen Österreichs (PFG)".* ***Schon bei der Gründung der gemeinsamen Arbeitsgemeinschaft wurde das Motto ausgegeben, dass „führende" Parteifunktionäre nicht gleichzeitig leitende Funktionen in den Interessensvertretungen der Arbeitnehmer_innen ausüben sollten.*** *Diesem Grundsatz ist die PFG bis heute treu geblieben.*

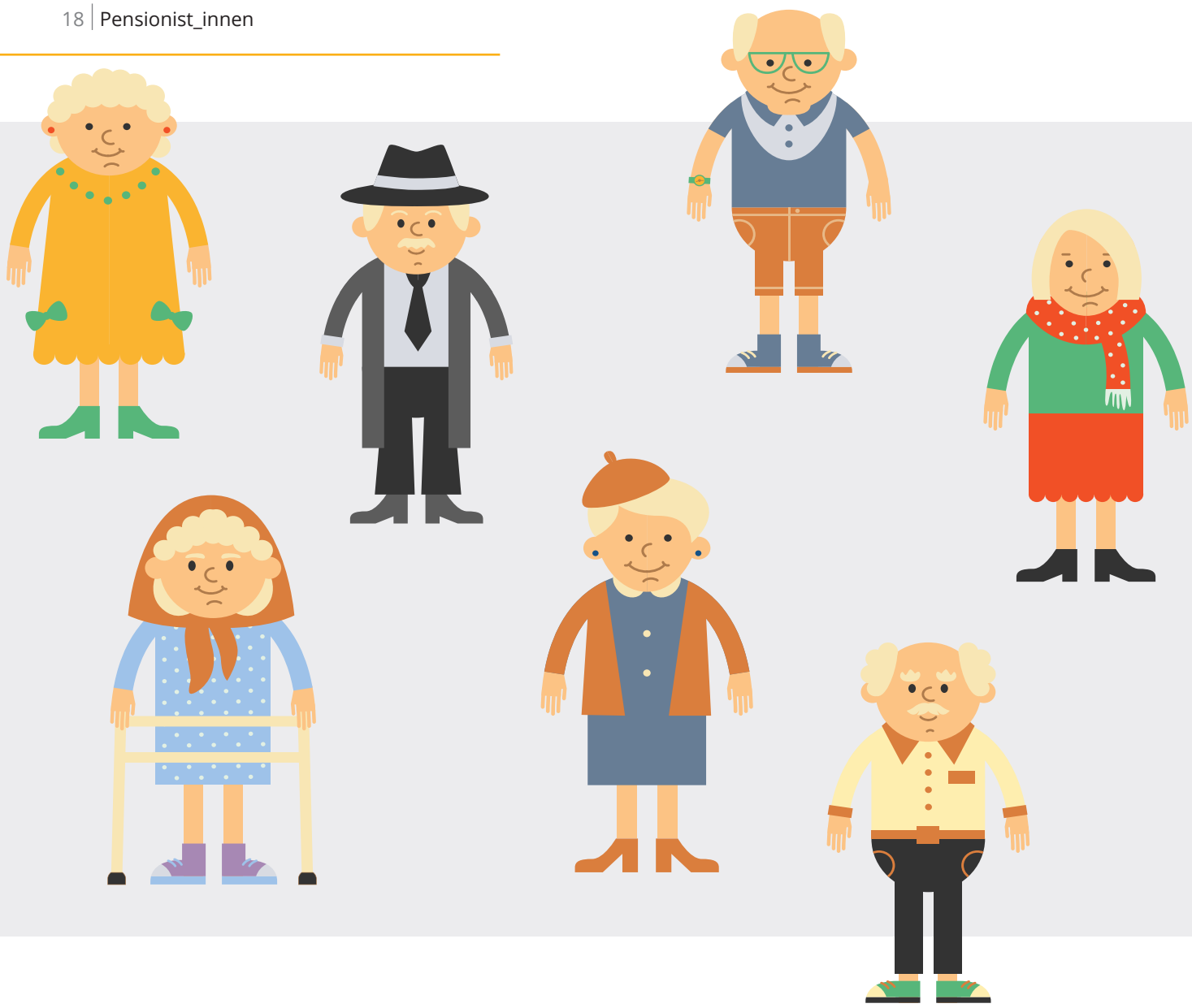
Die Vorbereitungen für den außerordentlichen Bundeskongress und der Jubiläumsveranstaltung laufen auf Hochtouren. **Die offiziellen Einladungen an die PFG-Mitglieder werden zeitgerecht, im September, versendet. Wir bitten euch jedenfalls schon jetzt, den 14. Oktober vorzumerken.** Die Anreise nach Wien wird von den jeweiligen PFG-Landesgruppen koordiniert. Wir hoffen auf zahlreiche Teilnahme und freuen uns auf einen schönen Tag mit euch.

**70** | Jahre 1952 - 2022

**PFG** | Parteifreie Gewerkschafter_innen

*10 Jahre PFG – ÖGB-Präsident Franz Olah (links) beim PFG-Jubiläum im Jahr 1962.*

*25 Jahre PFG – ÖGB-Präsident Anton Benya (rechts) beim PFG-Jubiläum im Jahr 1977.*

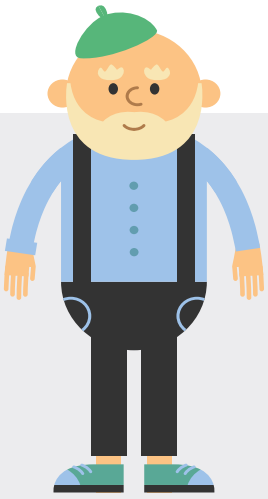


# 4. ÖGB BundespensionistInnenforum

Vom 18. bis 19. Oktober findet in Wien, in der ÖGB-Zentrale, das 4. BundespensionistInnenforum des Österreichischen Gewerkschaftsbunds statt. Als Parteifreie Gewerkschafter_innen werden wir mit einer eigenen Delegation am Bundeskongress teilnehmen. Siegfried Klecka, Gerhard Kogler, Ilse Weißmann, Heinz Weißmann, Sigrid Haipl und Martha Unger werden an beiden Tagen die PFG vertreten. Auf der Tagesordnung stehen neben der Abstimmung von verschiedenen Anträgen auch die Wahlen der PensionistInnengremien. Inhaltlich wird sicherlich die aktuelle Teuerung ein viel-diskutiertes Thema sein.

Gerade bei den PensionistenInnen schlägt der Preisanstieg voll ein. Viele Seniorinnen und Senioren sind am finanziellen Limit. Die in Aussicht gestellten Einmalzahlungen können die Probleme nicht langfristig lösen. Selbst unter Einrechnung der Maßnahmen der Regierung, die zum großen Teil von der Bevölkerung selbst finanziert werden und die in voller Höhe erst 2023 wirksam werden, bleibt den Pensionisten laut Berechnungen des Pensionistenverbands im Schnitt ein Minus von 89 Euro im Monat.

Die Pensionsanpassungen für 2022 betrugen lediglich 1,8 Prozent. Wir sehen aktuell jedoch Preissteigerungen bei Lebensmitteln und Wohnen von bis zu 30 Prozent und massive Erhöhungen der Energiekosten von teilweise mehr als 100 Prozent. Viele ältere Menschen in Österreich können sich Essen, Heizen und Wohnen



**ÖGB PensionistInnen**

Die ÖGB-PensionistInnen sind Teil des Österreichischen Gewerkschaftsbundes und haben ihre eigene ehrenamtliche Struktur. Die ÖGB-PensionistInnen vertreten die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Interessen der nicht mehr erwerbstätigen ÖGB-Mitglieder gegenüber den politischen Entscheidungsinstanzen und Behörden, sowie den Sozialversicherungsträgern. Darüber hinaus organisieren sie gemeinsam mit den Fachgewerkschaften für ihre Mitglieder regelmäßig Vorträge, Betriebsführungen und andere interessante Veranstaltungen.

Die ÖGB-Mitgliedschaft macht sich nicht nur im Erwerbsleben bezahlt. Auch für PensionistInnen, die der Gewerkschaft treu bleiben, gibt es viele Vorteile.

- Kostenlose Rechtsberatung und Rechtsschutz
- Rat und Hilfe bei der Inanspruchnahme von Sozialleistungen
- Ermäßigte Eintrittskarten für zahlreiche Veranstaltungen
- Vergünstigungen auf Urlaubsreisen
- Laufend Informationen durch die Mitgliederzeitung Solidarität

kaum noch leisten. Als Parteifreie Gewerkschafter_innen fordern wir daher ein rasches Vorziehen der Pensionsanpassung, am besten noch vor Ende des Sommers. Die Anpassungen müssen substanziell und nachhaltig sein, um die Verluste der Pensionisten ausgleichen zu können. Einmalzahlungen sind dazu jedoch kein geeignetes Mittel. Die Regierung muss geeignete Maßnahmen treffen, um die Menschen tatsächlich zu entlasten, so wie sie es während der Coronapandemie auch für die Unternehmen gemacht hat. „Koste es, was es wolle“ darf nicht nur für Unternehmenshilfen gelten. Diese Vorgabe muss vor allem für die Menschen in Österreich gelten, die schnelle und wirksame Entlastung benötigen.

Nach dem BundespensionistInnenforum im Oktober werden Siegfried Klecka und Gerhard Kogler aus dem ÖGB-BundespensionistInnenvorstand als Vertreter der Parteifreien Gewerkschafter_innen ausscheiden und an Sigrid Haipl und Martha Unger übergeben. Sigrid und Martha werden zukünftig die PFG im ÖGB-PensionistInnenvorstand repräsentieren. **Wir wollen uns an dieser Stelle bei Siegfried Klecka und Gerhard Kogler für ihren jahrelangen Einsatz bei den ÖGB PensionistInnen und die jahrzehntelange Mitarbeit bei der PFG bedanken.** Wir sind sehr froh, dass ihr Teil der PFG-Familie seid und den Parteifreien GewerkschafterInnen auch zukünftig als Mitglieder und motivierte Mitstreiter erhalten bleibt. Sigrid und Martha wünschen wir viel Erfolg und alles Gute in den neuen Rollen.

# Kostenlose Erstberatung

Die PFG – Parteifreie Gewerkschafter_innen bietet Ihnen ab sofort die Möglichkeit an, ein **kostenloses Rechtsberatungsgespräch (Erstberatung)** in Anspruch zu nehmen, provided by Mag. Johannes Bügler, Rechtsanwalt

- Kündigung und Arbeitsrecht
- Verkehrsunfall
- Scheidung und Familienrecht
- Miet- und Wohnrecht
- Ärztliche Kunstfehler/Fehlbehandlung
- uvm.

Wir beantworten Ihre Fragen in einem kostenlosen Beratungsgespräch.
Informationen zu diesem Service erhalten Sie direkt unter

**+43 1419131820**
**office@teamanwaelte.at**
**www.teamanwaelte.at**

Besuchen Sie uns auch auf Facebook und Instagram! @teamanwaelte

**PFG** | Parteifreie Gewerkschafter_innen

www.pfg.at
@pfg_oesterreich
pfg_oesterreich
@pfgoesterreich